

Peter Decker

### Workshop : Nationalismus – Was ist das? – Thesen zur Gliederung der Diskussion

1. Der Nationalismus beginnt nicht beim Hass auf Ausländer oder irgend ein Ausland, sondern viel früher. Er ist die *normale*, jedem Bürger geläufige Art zu denken, die übliche Einstellung zu dem Gemeinwesen, in dem er lebt: *Er ist dafür!* Er hält dessen Probleme und Ziele für die seinen und identifiziert sich mit den „öffentlichen Angelegenheiten“. Er ist parteiisch für den Erfolg des Großen Ganzen, dem er angehört, und akzeptiert ihn als die Vorbedingung für seinen eigenen privaten.
2. Das ist auch gar nicht verwunderlich. Schließlich haben die Bürger im Staat *eine politische Gewalt über sich, die ihnen Freiheit gewährt*, d.h. sie auf die Rolle des Privateigentümers und Konkurrenzsubjekts festlegt, ihre daraus entspringenden Interessen aber auch schützt und für allerlei Bedingungen sorgt, unter denen sie diesen Interessen nachgehen können. Sie haben ganz recht damit, dass Bestand und Funktionsfähigkeit der Staatsgewalt die erste Bedingung ihres Daseins als Privatsubjekte ist; dass ihre bürgerlichen Interessen die Gewaltordnung ihres Staates also voraussetzen und sie dessen Vorrang vor dem, was sie im Einzelnen davon haben, gelten lassen müssen.
3. Verkehrt ist diese Einstellung, weil es die Identität zwischen den Interessen des Staates und denen der normalen Bürger nicht gibt. In der Form von Freiheit, Gleichheit und Schutz des Eigentums eines jeden organisiert und schützt der Staat ein ökonomisches Klassenverhältnis. Für die große Mehrheit ist die Ordnung, die der Staat sichert, zwar unverzichtbare Bedingung ihrer bürgerlichen Nutzenverfolgung, aber eben kein Mittel ihres Nutzens: Die Mehrheit ist materiell genötigt, wenn sie sich um ihren Lebensunterhalt kümmert, sich für ein fremdes, ihrem Nutzen entgegengesetztes Interesse herzugeben. Sie ist nicht Teilhaber an einer gemeinsamen Daseinsbewältigung, sondern Kostenfaktor einer Wirtschaft, die ihren Erfolg im Gewinn der Kapitaleigner misst und keineswegs in hohen Löhnen und kurzen Arbeitstagen. *Der Lohn*, von dem die abhängig Beschäftigten leben, *ist die negative Größe des Wirtschaftserfolgs*; er muss sich als lohnender Kapitalaufwand in der Rechnung derer rechtfertigen, die nicht arbeiten, sondern arbeiten lassen. Dabei ist das Interesse des Kapitals nicht nur ein Privatinteresse neben anderen. Weil alle Interessen und Einkommen, einschließlich der Arbeitsplätze und des Steueraufkommens, und damit auch die Macht und Handlungsfreiheit des Staates vom Erfolg des Kapitals abhängen, ordnet der Staat diesem Privatinteresse das ganze Leben der Gesellschaft unter: „Das Wachstum“ – des Kapitals selbstverständlich – ist das Gemeinwohl dieser Gesellschaft; alle Politik und damit das ganze Volk hat ihm zu dienen. Allenfalls für die großen Kapitaleigner ließe sich also eine Identität ihrer Interessen mit denen der Nation vermelden.
4. Leute, die die Ordnungsstiftung durch das staatliche Gewaltmonopol als Grundlage ihrer bürgerlichen Existenz und die Nachrangigkeit ihrer Interessen hinter denen ihrer Existenzbedingung anerkennen, machen ihre Loyalität nie von der Prüfung abhängig, ob und wie viel ihnen das Wirken des Staates wirklich nützt. Allein der Umstand, dass sie die Obrigkeit brauchen und ihr Wohl und Wehe von der abhängt, ist ihnen Beweis genug dafür, dass im Staatswohl auch ihr privates vorgesehen; bzw. dass im Erfolg des Großen Ganzen auch der kleine eigene mit eingeschlossen sein muss. Sie setzen die Identität von sich und dem Gemeinwesen einfach voraus, sind für Deutschland aus keinem besseren Grund, als weil sie Deutsche sind: Weil sie drin stecken und davon abhängen, ist der Laden *Heimat*. Er hat ihre unbedingte Loyalität, noch vor dem politischen und ökonomischen System, das in ihm herrscht und das ohne Beurteilung mit eingekauft wird. Man denkt nicht über die Ordnung nach, sondern urteilt von ihr aus: „Wir“ – die Grundformel der Identifikation des Einzelnen mit dem Staat – „brauchen mehr Kindergärten, mehr Wachstum, mehr Biss der Finanzämter, ehrlichere Politiker usw.“
5. Natürlich vergessen auch brave Deutsche ihre Interessen nicht vor lauter Heimatliebe und natürlich bekommen sie zu spüren, dass die Identität ihrer Interessen mit den nationalen, an die sie glauben, nicht existiert. Entsprechende Enttäuschungen verarbeiten sie im Sinn ihres Dogmas: Wann immer ihre Interessen zuschanden, ihre Ansprüche zurückgewiesen werden oder ihnen sonst etwas gegen den Strich geht, steht für sie fest, dass *im Land etwas schief gelaufen* sein und im Argen liegen muss. Sie lassen sich vom Gemeinwesen um keinen Preis trennen, egal, wie wenig es sich als ihr Mittel bewährt: Je schlechter es ihnen geht, desto schlechter muss es um Deutschland stehen, desto radikalere Schritte finden sie für seine Rettung angebracht. Für die üble Lage der Nation kennen sie Schuldige. Nicht Interessengegner, die wie sie Privatinteressen aber eben entgegengesetzte verfolgen, sondern Verbrecher, Schädlinge, die sich an Staat und Volk vergehen, weil sie es – aus Materialismus und Selbstsucht – an Unterordnung und Dienst am Gemeinwesen fehlen lassen. Denen muss, damit das Land in Ordnung kommt, das Handwerk gelegt, sie müssen zur Pflichterfüllung gezwungen werden.

6. Wenn der Glaube an die Nation sich zu Wort meldet, dann kaum je als ein zufriedenes „Passt schon!“, sondern als Unzufriedenheit: Er betätigt sich als ein Fordern nach Aufsicht und strengerer Herrschaft über diejenigen, die man als Egoisten und Schädlinge an den anständigen Teilen des Volkes ausgemacht haben will – seien es Banker, Vermieter, profitgierige Kapitalisten, faule Arbeitslose, zu gut versorgte Rentner oder Politiker, die nur an sich denken. Schon nach Innen ist die Vorstellung von der Nation, in deren Namen man fordert, keine Idylle einer harmonischen Gesellschaft, sondern nichts als die *Idealisierung von Herrschaft*: Man fordert im Namen einer *verpflichtenden Gemeinschaft, der sich der Einzelne unterzuordnen hat* – um dann, wenn alle Verzicht üben, ihre Pflicht tun und das Große Ganze blüht, nicht etwa zu bekommen, was man haben will oder braucht, sondern *was einem zusteht* und von höheren Instanzen zugeteilt wird. Die Ein- und Unterordnung unter das nationale Kollektiv kommt vor dem eigenen privaten Interesse: Auch Leute, die sich nicht als wilde Nationalisten gebärden, bekennen sich dazu und finden den Spruch von Adolf Hitler, dass Gemeinnutz vor Eigennutz gehe, völlig richtig.
7. *Der unbedingten*, vor jeder individuellen Entscheidung und Berechnung feststehenden *Zugehörigkeit zum eigenen Volk und Staat*, stehen grundsätzlich *die Anderen gegenüber*: Fremde nationale Kollektive, die genau so funktionieren wie das eigene, aber halt andere sind und für „uns“ ein Problem darstellen, wenn nicht gleich eine Gefahr, weil sie unserem Kollektiv nicht verpflichtet sind und dienen, sondern ihren eigenen nationalen Egoismus betätigen, wie „Wir“ den unseren. Mit ihrer grundsätzlichen Parteilichkeit für die eigene Nation in der Konkurrenz der Nationen und ihrem allgegenwärtigen Misstrauen gegen „die Anderen“, die uns ausnutzen oder schwächen könnten, machen sich national denkende Menschen zum perfekten Instrument ihres Staates: Die Politik kann den Volkszorn leicht auf Hindernisse lenken, die fremde Staaten oder Menschen für sie darstellen.
8. Die Bürger fremder Staaten werden konsequent als Repräsentanten ihrer Nation genommen und – je nach nationaler Stellung zu dem Land – geschätzt oder verachtet und manchmal gehasst. Im Hoheitsbereich des eigenen Nationalstaats haben sie grundsätzlich nichts verloren, und dürfen sich höchstens dann hier aufhalten, wenn sie Geld mitbringen oder „uns“ auf andere Weise nützen. Misstrauen verdienen Migranten auf jeden Fall, denn ein Nationalist traut ihnen eine ebenso unbedingte Loyalität zu ihrer Herkunftsnation zu, wie er sie der seinen gegenüber an den Tag legt: Er hält sie grundsätzlich für die 5. Kolonne eines fremden Staates. Und weil ihr Staat mit der erlaubten Zuwanderung armer Migranten ihnen ja tatsächlich Konkurrenten auf den Arbeits- und anderen Märkten zumutet, kritisieren sie die eingebildete Pflichtverletzung ihrer Obrigkeit gegenüber der treuen Basis.
9. In der nationalen Perspektive steht das politische Herrschaftsverhältnis von Staat und Volk auf dem Kopf: Der Staat gilt den Volksgenossen nicht als die politische Gewalt, die das Volk schafft, indem sie die Menschen über die Jahrhunderte mittels ebenso vieler Kriege unter ihre Herrschaft bringt und zusammenzwingt und unter ihnen die eine Gemeinsamkeit stiftet, die es wirklich gibt: Sie gehorchen derselben Obrigkeit. Der Staat gilt ihnen auch nicht als die Instanz, die sie von Bevölkerungen abtrennt, die im Hoheitsbereich anderer Staaten leben, und damit auch nicht als Quelle aller Gegensätze zwischen ihnen. Nationalisten sehen das umgekehrt: Ihr Volk halten sie für eine *vorstaatliche Menschengemeinschaft*, die sich einen politischen Staat schafft, weil sie Schutz gegen andere Völker und deren Interessen braucht.
10. Erst wenn es darum geht, sich den falschen Gedanken von der Menschengemeinschaft ohne Staat vorzustellen, sich ein Bild von einer angeblich ursprünglichen Gemeinsamkeit zu machen, kommen die Verrücktheiten des Nationalismus zustande, die viele durchschauen: Nein, die Nation entsteht nicht aus gemeinsamer Sprache, Kultur oder Rasse bzw. ursprünglichen Verwandtschaft der Volksgenossen. Das zu kritisieren ist leicht; aber betrifft nur das Tüpfelchen auf dem 'i'. Der Fehler der Identifizierung des Individuums mit seiner politischen Herrschaft liegt vorher – und kommt auch ohne nationale Ursprungsmythen aus.
11. Nationalismus ist also weder die Haltung menschenverachtender Idioten, noch eine grundlose Knechtsgegnung braver Arbeitsleute, sondern die notwendige Politisierung, die dieses System bei seinen Mitmachern fordert. Die Kritik des Nationalismus ist die Kritik der Freiheit, die der Staat gewährt, und der kapitalistischen Privatinteressen, die zu ihrer Betätigung tatsächlich vor allem ein funktionsfähiges Gewaltmonopol brauchen. Die Alternative zum Nationalismus ist nicht eine andere, etwa kosmopolitische, menschliche, solidarische Haltung zu In- und Ausländern in der kapitalistischen Gesellschaft, sondern deren Abschaffung.